



Einwegplastikverpackungen sorgen für überquellende Mülleimer und Einträge in die Umwelt.

Foto: © Marco Breitbarth

*„Kommunen können auf vielfältige Weise direkt vor Ort zur Vermeidung von Plastikmüll beitragen und damit Mensch und Umwelt entlasten.“*

Prof. Dr. Anja Hentschel, Hochschule Darmstadt

# Plastikmüll lokal vermeiden

## Handlungsmöglichkeiten für Kommunen

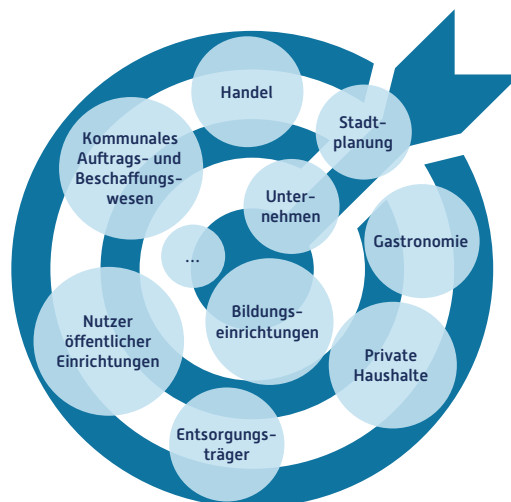
Plastikmüll stellt viele Kommunen vor erhebliche Probleme: Überquellende Mülleimer und achtlos weggeworfene Einwegplastikprodukte oder -verpackungen (sogenanntes Littering) sorgen für direkte Einträge in die Umwelt oder über Gullys in das Abwasser. Falsch über die Toilette entsorgte Hygieneartikel verstopfen die Kanalisation und beeinträchtigen Pumpen in Kläranlagen. Damit gelangt Plastik über das Abwasser zum Teil auch in Flüsse und anschließend ins Meer und schadet der Umwelt. Einträge sind deshalb zu vermeiden. Hierzu können Kommunen einen wichtigen Beitrag leisten.

### Kommunen können handeln und müssen Akteure gezielt ansprechen

Kommunen als Entsorgungsträger, Nachfrager und Verbraucher von Plastik und Betreiber öffentlicher Einrichtungen sind selbst Adressaten von Maßnahmen, um Plastikmüll zu vermeiden. Denn sie können bereits handeln, bevor überhaupt Plastikmüll entsteht und Probleme verursacht. Damit lassen sich Kosten für Entsorgung und Reinigung einsparen und Einträge in das Abwasser und die Umwelt vermeiden. Zudem müssen sie mit ihren Maßnahmen eine Vielzahl weiterer Akteure ansprechen: neben Privatpersonen sind dies insbesondere der Handel, die Gastronomie und Unternehmen.

### Kommunale Maßnahmen gegen Plastikmüll wie Beratung, Steuern und Verbote

Kommunen müssen die ihnen zur Verfügung stehenden Handlungsspielräume zur Vermeidung von Plastikmüll nutzen. Besonders erfolgversprechend ist eine Kombination verschiedener Maßnahmen und der Einbezug aller Akteure. Aufklärung und Information bilden hierfür die Basis. Die Kommune kann verschiedene Akteure zu aktivem Mitwirken bewegen und gemeinsam mit ihnen Maßnahmen ergreifen. Auch finanzielle Anreize



Zielgruppen kommunaler  
Maßnahmen gegen Plastikmüll

Abbildung: © Simon Kaser

## Forschung zur Vermeidung des Eintrags von Plastik in das Abwasser

Das interdisziplinäre Projekt „Umweltpolitische Instrumente zur Reduzierung der Plastikverschmutzung von Binnengewässern über Entwässerungssysteme“ untersucht und klassifiziert exemplarisch das Aufkommen von mindestens

1 mm großen Plastikteilen in Kläranlagen und Straßenentwässerungen in den Kommunen Aachen, Roetgen, Simmerath und Stollberg. Befragungen und ein Laborexperiment stützen die Analysen. Davon ausgehend werden Vorschläge für umweltpolitische Instrumente zur Vermeidung der Einträge entwickelt.

zum Beispiel in Form von Verpackungssteuern sind denkbar. Schließlich können auch Verbote von Einwegplastik(-verpackungen) etwa in Marktsatzungen aufgenommen werden.

## Kommunen können als Vorbild wirken und zeigen, dass es oft auch ohne Plastik geht

Kommunen selbst können in ihren zahlreichen Handlungsfeldern tätig werden und mit gutem Vorbild voran gehen. Vorgaben, plastikfreie Produkte einzukaufen und zu nutzen, Optimierung der Straßenreinigung sowie der Entleerungsintervalle von öffentlichen Mülleimern oder auch der Verzicht auf Dekorationen aus Kunststoff im öffentlichen Raum sind nur einige Beispiele hierfür.



Eine Umstellung vom gelben Sack auf die gelbe Tonne reduziert Verschmutzungen durch Kunststoffverpackungen.

Foto: © Marco Breitbarth



Rechtlich

z. B. kommunale Verbote von Einwegplastikprodukten in Satzungen, aktive Verfolgung und Ahndung von Littering etc.



Finanziell

z. B. Anpassung von Abfallgebühren, Verpackungssteuern, Beteiligung Hersteller / Veranstalter an Reinigungskosten etc.



Organisatorisch/  
infrastrukturell

z. B. Verzicht auf kommunale Kunststoffdekoration an Ostern und Weihnachten, Filter in Straßenabläufen, Gelbe Tonne statt Gelber Sack etc.



Informatorisch

z. B. gezielte Kampagnen um zu sensibilisieren und Vermeidung zu motivieren, Abfallberatung des Entsorgungsträgers etc.



Informell-  
kooperativ

z. B. Vergabe von „Plastik-frei“-Labels für Geschäfte und Cafés, ehrenamtliche Müllsammelaktionen etc.

Mögliche Maßnahmen gegen Plastikmüll in Kommunen.

Abbildung: © Simon Kaser/pixabay.com

## IMPRESSUM

### Autor\*innen

Hentschel, Anja\*; Kaser, Simon\*; Breitbarth, Marco\*\*;  
Daskalakis, Maria\*\*

### Institution

Hochschule Darmstadt, Fachgebiet Umwelt- und Energierecht\*;  
Universität Kassel, AG Umweltpolitik\*\*

### Kontakt

anja.hentschel@h-da.de

### Gestaltung

Noreen Matthes, Ecologic Institute; Tanja Dohr, FiW Aachen

### Stand

April 2022

[www.bmbf-plastik.de](http://www.bmbf-plastik.de)

@plastik\_umwelt

Dieses Factsheet wurde im Rahmen des Forschungsschwerpunkts „Plastik in der Umwelt“ (Laufzeit 2017-2022) erstellt, gefördert vom Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF). Für die Inhalte des Fact Sheets sind allein die Autor\*innen verantwortlich. Sie spiegeln nicht die offizielle Meinung des BMBF wider.

Hentschel, Anja; Kaser, Simon; Breitbarth, Marco; Daskalakis, Maria: Plastikmüll lokal vermeiden: Handlungsmöglichkeiten für Kommunen. Factsheet 17 des BMBF-Forschungsschwerpunkts Plastik in der Umwelt.

Alle Factsheets dieser Reihe finden Sie unter:

<https://bmbf-plastik.de/de/ergebnisse/factsheets>